

Orly Noy, Vorstandsmitglied von B'tselem

The Israeli Information Center for Human Rights in the Occupied Territories

Vortrag auf BIP-Konferenz am 28.5. 2022 in Nürnberg

Im Januar 2021 veröffentlichte die israelische Menschenrechtsorganisation B'Tselem ein gründliches Positionspapier, in dem sie erklärte, dass das gesamte Gebiet zwischen dem Mittelmeer und dem Jordan unter einem Regime steht, einem Apartheid-Regime, das danach strebt, die jüdische Vorherrschaft über das gesamte Land dauerhaft und irreversibel zu etablieren und zu vertiefen. Diesem Bericht folgten später ähnliche Berichte und Erklärungen prominenter Menschenrechtsorganisationen wie HRW und Amnesty International.

Dieser Bericht war das Ergebnis einer sehr langen Zeit der Forschung und Debatten. Seit seiner Gründung im Jahr 1989 hat B'Tselem seine Arbeit auf das Westjordanland, einschließlich Ostjerusalem, und Gaza beschränkt. Nach dem gemeinsamen Paradigma von "Israel" auf der einen Seite und "den besetzten Gebieten" auf der anderen Seite befasste sich die Organisation weder mit der Menschenrechtssituation innerhalb Israels innerhalb der Grenzen von 1948, noch verfolgte sie einen ganzheitlichen Ansatz für das Gebiet zwischen dem Fluss und dem Meer. Nach 32 Jahren sind wir zu dem Schluss gekommen, dass die Realität des Westjordanlandes nicht mehr als getrennt von den Realitäten und der Politik im gesamten Gebiet unter israelischer Kontrolle verstanden werden kann. Dass Begriffe wie "laufende Besetzung" nicht mehr gelten.

Seit der Besetzung von 1967 wurde die Existenz der Grünen Linie – die angeblich zwischen souveränem und demokratischem Israel und den besetzten Gebieten trennt – zum Hauptdefinitionsfaktor des politischen Diskurses in Israel, von rechts und links, sowie des internationalen Diskurses über den israelisch-palästinensischen Konflikt. Gleichzeitig hat Israel in den meisten seiner bestehenden Jahre alles in seiner Macht Stehende getan, um die Existenz der grünen Linie de facto auszulöschen; nicht nur durch den massiven Bau illegaler Siedlungen, die heute bereits Hunderttausende von Israelis bewohnen, sondern auch durch die Förderung einer ähnlichen Politik auf beiden Seiten der grünen Linie, die alle darauf abzielen, die absolute und ausschließliche jüdische Herrschaft über das gesamte Territorium zu bewahren.

Es ist wahr, dass die Apartheid, die im Westjordanland umgesetzt wird, lebendiger und leichter zu erkennen ist: ein Territorium mit zwei verschiedenen Rechtssystemen über zwei Gruppen, entsprechend ihrer nationalen Identität. Aber es ist wichtig, daran zu denken, dass die israelische Politik auf beiden Seiten der grünen Linie die gleiche Organisationslogik hat, die darauf abzielt, die Privilegien einer Gruppe auf Kosten der anderen zu verankern. Die Mechanismen und Taktiken zur Umsetzung dieser Politik auf beiden Seiten der grünen Linie sind ebenfalls ähnlich. Da die Verletzungen im Westjordanland allgemein bekannter sind, möchte ich kurz vorstellen, wie einige dieser Mechanismen innerhalb Israels, innerhalb der Grenzen von 1948, eingesetzt werden.

Der erste und vielleicht dominanteste Mechanismus ist das, was ich als "demografisches Engineering" des Territoriums bezeichnen möchte. Die inhärente und unvermeidliche Bedeutung von Israels Bestreben, sowohl jüdisch als auch demokratisch zu sein, ist ein demografischer Krieg gegen die arabische Bevölkerung, so dass es immer eine solide jüdische Mehrheit aufrechterhalten wird, die wiederum die jüdische Vorherrschaft durch demokratische Mittel sichern würde. Dieser demografische Krieg ist im Westjordanland sehr

lebendig, wo Israel mit systematischen ethnischen Säuberungen der einheimischen palästinensischen Gemeinschaften in Gebiet C beschäftigt ist. Erst kürzlich hat der israelische Oberste Gerichtshof die Ausweisung von 8 Gemeinden in der Gegend von Masafer Yatta, südlich von Hebron, genehmigt, um die Feuerzone für die israelische Armee zu trainieren.

Aber auch in Israel wird die Politik des demografischen Engineerings intensiv umgesetzt. Es genügt anzumerken, dass, während Israel Hunderte von neuen Städten und Gemeinden für seine jüdische Bevölkerung gebaut hat, es keine einzige neue arabische Stadt gebaut hat, mit Ausnahme von Rahat, das auch aus demografischen Gründen gegründet wurde, um die Beduinenbewohner des Negev einzuschränken. Dies, zusammen mit der massiven Landenteignung der arabischen Bürger, auf der neue jüdische Städte gebaut wurden.

Das demografische Engineering wird nicht nur durch Unterentwicklung umgesetzt, sondern auch durch Zerstörungen und damit die Destabilisierung von Familien und Gemeinschaften. Ähnlich wie die Politik in C-Gebieten in der Weltbank verfolgt Israel auch in den arabischen Städten und Gemeinden innerhalb von 48 Grenzen eine bewusste Politik der Nichtplanung aus, die unzählige Hindernisse und Schwierigkeiten beim legalen Bau ihrer Häuser auf ihrem eigenen Land darstellen. Das Ergebnis, in Israel und in der Weltbank, ist ähnlich: Bulldozer, die palästinensische Häuser abreißen, ohne eine alternative Lösung anzubieten.

Ähnlich wie die WB zerstört Israel auch in den 48 Grenzen nicht nur einzelne Häuser, sondern ganze Städte und Dörfer: Dutzende von "nicht anerkannten Dörfern", vor allem im Negev-Gebiet mit über 60.000 Häusern, die nicht an Wasser oder Strom angeschlossen sind, sind ständig vom Abriss bedroht. Das Dorf Al-Araqib zum Beispiel wurde bereits mehr als 200 Mal abgerissen und jedes Mal wieder von seinen Bewohnern wieder aufgebaut.

Wenn es um palästinensische Dörfer und Städte geht, ist die mangelnde Anerkennung durch den Staat nicht das Einzige, was zu ihrer Zerstörung führen kann. Um die Apartheid-Natur des israelischen Regimes gegenüber seinen arabischen Bürgern vollständig zu verstehen, genügt es, den Abriss des Dorfes Um Al-Khiran im Negev am 18. Januar 2017 zu untersuchen, um auf seinen Ruinen eine neue Stadt zu bauen, exklusiv für jüdische Einwohner.

Um Al-Khiran war kein unbekanntes Dorf. Tatsächlich war es die israelische Regierung selbst, die ihre Bewohner 1948 gewaltsam an diesen Ort umsiedelte, um ihr ursprüngliches Land Kibutz Shoal zu geben. Obwohl Israel selbst die Bewohner der Beduinen an diesen Ort gebracht hat, hat es sie nie an Dienstleistungen wie Wasser- und Stromversorgung angeschlossen. Ein paar Jahrzehnte später beschloss der Staat, dass er an genau diesem Ort eine jüdische Stadt bauen will. Der israelische Oberste Gerichtshof entschied, dass der Staat tatsächlich die rechtliche Befugnis dazu hat, was den Weg für den Abriss eines ganzen Dorfes ebnete, bei dem ein Bewohner von Um Al-Khiran, Yaaqub Abu Al-Qian, von der Polizei erschossen wurde, die Kontrolle über sein Auto verlor und einen der Polizisten überfuhr.

Der Negev macht etwa 60% des Territoriums Israels aus und wird von weniger als 10% seiner Bevölkerung bewohnt. Dies bedeutet, dass es in diesem Bereich keinen Mangel an freien Grundstücken gibt. Wenn Israel darauf besteht, Um Al-Khiran abzureißen, um eine neue jüdische Stadt zu gründen, geht es nicht um demografische Bedürfnisse, sondern um demografische Technik, um Vorherrschaft und um Unterdrückung.

Ein weiterer Mechanismus des Apartheid-Regimes, der auf beiden Seiten der grünen Linie umgesetzt wird – in unterschiedlichen Methoden und Intensitäten, aber unter der gleichen

Organisationslogik – ist der legale. Während die palästinensischen Bewohner des OPT einem separaten Rechtssystem unterworfen sind, das sich grundlegend von dem Rechtssystem unterscheidet, dem die israelischen Siedler in der gleichen Gegend unterworfen sind, genießen die palästinensischen Bürger innerhalb der Grenzen von 1948 die volle und gleiche Staatsbürgerschaft und Rechte. Es ist jedoch weit davon entfernt, eine ehrliche Darstellung der israelischen Realität zu sein. Nicht nur, weil de facto die palästinensischen Bürger auf unzählige Arten diskriminiert werden, sondern auch, weil de jure eine Liste diskriminierender Gesetze verabschiedet wurde, um die jüdische Vorherrschaft über die palästinensischen Bürger zu sichern. Unter diesen können wir das Nationalstaatsgesetz erwähnen, das die Identität Israels als Nationalstaat nur für Juden verankert und weitreichende Privilegien für die jüdischen Bürger enthält; die Staatsbürgerschaft und die Einreise in das israelische Recht, das Palästinenser aus dem OPT, die israelische Staatsbürger heiraten, daran hindert, eine israelische Staatsbürgerschaft zu erhalten; und das Nakba-Gesetz, das Sanktionen gegen Institutionen verhängt, die der Nakba gedenken würden. All dies zusammen mit einer Liste undemokratischer Gesetze, die darauf abzielen, die Fähigkeit zum zivilen politischen Widerstand einzuschränken, hauptsächlich durch die Markierung und Delegitimierung linker und Menschenrechtsorganisationen.

Neben dem Rechtssystem hat das Durchsetzungssystem auch eine klar differenzierte Praxis gegenüber jüdischen und arabischen Bürgern, ähnlich wie die israelischen Praktiken in der OPT: die Palästinenser zu überwachen, Gewalt gegen sie freier und gewalttätiger anzuwenden und nach der Tötung von Palästinensern durch Polizisten oder Soldaten keine ernsthaften oder in vielen Fällen eine Untersuchung durchzuführen.

**

Eines der Dinge, die oft von denen erwähnt werden, die sich der Definition Israels als Apartheidregime widersetzen, ist die Tatsache, dass im Gegensatz zu den palästinensischen Bewohnern der OPT die palästinensischen Bürger Israels wählen und in sein Parlament gewählt werden können.

Das ist in der Tat richtig. Es gibt heute 4 arabische Parteien in der Knesset, von denen eine sogar Mitglied der aktuellen Koalition ist. Aber wie ich gleich erklären werde, sind auch diese politischen Rechte begrenzt und dem Prinzip der jüdischen Vorherrschaft unterworfen.

Die Palästinenser, die unter dem israelischen Regime leben, sind in verschiedene Kategorien unterteilt, von denen jede ihre eigenen Rechte oder vielmehr das Fehlen von Rechten mit sich bringt: innerhalb der Grenzen von 48, in Ostjerusalem, in der Weltbank und in Gaza. Es ist wahr, dass die palästinensischen Bürger in Israel wählen und für die Knesset gewählt werden können, aber sie können dies nur tun, solange sie nicht bestreiten, dass Israel ein "jüdischer und demokratischer" Staat ist, d.h. ein Staat, in dem die jüdischen Bürger von Natur aus mehr Rechte haben. In jeder Wahlrunde müssen die arabischen Parteien ihr Recht verteidigen, vor dem Obersten Gerichtshof zu kandidieren, nachdem der Wahlausschuss der Knesset die Teilnahme aller von ihnen, einiger von ihnen oder einzelner Mitglieder von ihnen, auf der Grundlage dieses Artikels disqualifiziert hat.

Es ist besonders aufschlussreich, den Fall von Balad-Tajamo' zu untersuchen, der palästinensischen nationalen demokratischen Partei, der ich angehöre. Balad kandidiert für das Parlament mit der Plattform "ein Staat für alle seine Bürger", was das Ziel bedeutet, Israel in eine vollständige Demokratie mit gleichen nationalen und individuellen Rechten für alle Bürger, Juden und Araber gleichermaßen, zu verwandeln.

In einer Anhörung vor dem Obersten Gerichtshof, nachdem der Parlamentsausschuss Balad von der erneuten Kandidatur ausgeschlossen hatte, genehmigte das Gericht schließlich Balads Teilnahme, aber seine Argumentation war nicht weniger als erstaunlich: Da Balad keine echte Chance hat, seine Plattform zu erfüllen, gibt es keinen Grund, sie am Laufen zu hindern. Mit anderen Worten, das Gericht gibt tatsächlich zu, dass das Recht der palästinensischen Bürger, durch das Parlament gegen die jüdische Vorherrschaft zu kämpfen, nicht mehr als eine Fassade ist. Als Jamal Zahalka, der ehemalige Vorsitzende von Balad, einen Gesetzentwurf mit dem Titel "Israel: ein Staat für alle seine Bürger" vorlegen wollte, erlaubte ihm das Knesset-Sekretariat nicht, ihn überhaupt zur Diskussion zu bringen.

Ebenso ist die Anwesenheit einer arabischen Partei in der heutigen Koalition kein Hinweis auf die Stärke der israelischen Demokratie oder auf ein hohes Maß an Beteiligung der palästinensischen Bürger an den politischen Prozessen, sondern vielmehr auf eine Realität, in der eine palästinensische Partei die unterdrückerischsten Mittel akzeptieren muss, die die Regierung gegen andere Palästinenser in der OPT ergriffen hat. auf seine palästinensische Identität zu verzichten, die rassistischsten Gesetze, die von dieser Regierung gefördert werden, wie das Staatsbürgerschaftsgesetz, in Kauf zu nehmen und als Vorbild für seine demokratischen Ansprüche zu dienen, nur um für seine Wähler die grundlegendsten Rechte erreichen zu können, die in keiner funktionierenden Demokratie Gegenstand von Verhandlungen sein sollten, wie Wasser oder Strom.

Ich hätte noch eine Stunde über all die offiziellen und inoffiziellen Mechanismen sprechen können, die den minderwertigen Status der palästinensischen Bürger in Israel sicherstellen, wie das Bildungssystem, die israelischen Medien, die Sprache, die den öffentlichen Raum prägt, die diskriminierende Landpolitik und andere. Glauben Sie mir, sie sind zu viele, um sie zu zählen. Das Wort Apartheid hat schwerwiegende Konnotationen. Als Vorstandsmitglied von B'Tselem kann ich bezeugen, dass die Diskussionen vor der Veröffentlichung dieses Positionspapiers zahlreich, kompliziert und hart waren. Zu erklären, dass Israel auf beiden Seiten der grünen Linie ein Apartheid-Regime betreibt, war für keinen von uns einfach – nicht nur als Mitglieder einer Menschenrechtsorganisation, sondern vor allem als israelische Bürger.

Es stimmt, der israelischen Apartheid fehlen einige der "visuelleren" Komponenten der "klassischen" Apartheid wie in Südafrika. Es bezeichnet keine separaten Bänke nur für Juden – obwohl solche Trennungen, einschließlich Straßen, die nur für jüdische Bewegungen erlaubt sind, existieren, zum Beispiel in Hebron. Aber die Apartheid ist nicht nur, und nicht einmal hauptsächlich, nach Farbe getrennt, sondern auch die Aufteilung der Menschen unter einem Regime in strenge Kategorien von Vorgesetzten und Unterlegenen und die Verteilung von Ressourcen und Rechten entsprechend. Dies ist genau die Realität in allen Gebieten unter Israels Herrschaft, auf beiden Seiten der grünen Linie.

Veränderung – jede Veränderung – beginnt mit einer genauen Analyse der Realität, die man zu ändern sucht. Das ist es, was dieser Bericht zu erreichen versucht, hin zu einer anderen Realität des vollen und gleichen Rechts für alle Bewohner dieses Landes.